

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zentrale: Nachrichten Dresden
Bismarck-Straße 10, 1011
Kurs für Nachrichten: Nr. 10-11
Schließung u. Zustellung:
Dresden - A. L., Raststraße 28/28

Bezugspreis bei monatlicher Bestellung monatlich 2.80 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Transport), durch Nachzahlung 2.50 RM. einschließlich 60 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei Totalabrechnung. Einzelnummern 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 30 mm breite Zeile 30 Pfg., auswärts 50 Pfg., abg. Anzeigenpreis für 10 Zeilen, 100 mm breite Zeile 200 Pfg., auswärts 250 Pfg., abg. Anzeigenpreis für 10 Zeilen, 100 mm breite Zeile 200 Pfg., auswärts 250 Pfg., abg. Anzeigenpreis für 10 Zeilen, 100 mm breite Zeile 200 Pfg., auswärts 250 Pfg., abg.

Druck: W. Klotz, Leipzig & Reichardt,
Dresden, Bismarck-Str. 10/11
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachrichten) 10/11/11
Eigentümer: W. Klotz, Leipzig & Reichardt
Verleger: W. Klotz, Leipzig & Reichardt

Die Landtagspräsidentenwahl in Preußen

Einigung im Ältestenrat - Die SPD. lenkt ein

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Mai. Nach den Beratungen des Ältestenrates des Preussischen Landtages ist in den Mittagsstunden die Präsidentschaft des nationalsozialistischen Abg. Kerl für das Preussenparlament gewählt worden. Die Sozialdemokraten haben sich veranlaßt gesehen, ihre Sonderfahndatur zurückzuziehen. Um die Beratungen des Ältestenrates nicht zu führen, wurde das Plenum um eine Stunde auf 2 Uhr verlagert. Der Ältestenrat beschloß sodann noch, daß außer der heutigen Wahlung in dieser Woche keine Sitzungen des Landtages mehr stattfinden sollen. Die nächste Vollversammlung wird erst für Mittwoch, den 1. Juni, einberufen werden.

Im Ältestenrat selbst wurden Fraktionserklärungen abgegeben, die im einzelnen recht interessant sind. So erklärte der Abg. Aube, der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, daß seine Fraktion bei der Präsidentschaftswahl im Plenum nach der Stärke der Fraktionen wählen würde und für sich den Posten des Landtagspräsidenten beansprucht. Nach der Wahl des Abg. Kerl hätten die Nationalsozialisten gegen die Wahl eines Sozialdemokraten als Vizepräsidenten nichts einzuwenden. Abg. Aube erklärte aber, daß eine Stimmabgabe der Nationalsozialisten für den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht in Frage komme, sondern daß die Fraktion sich der Stimme enthalten werde.

Als erster Vizepräsident würde danach der Abg. Wittmann (Soz.) gewählt werden können, als zweiter Vizepräsident der Abg. Baumhoff (D.) und als dritter Abg. Dr. v. Arles (D.).

Für das Zentrum bei den Präsidentschaftswahlen sich ebenfalls nach der Stärke der Fraktionen richten und also für den Abg. Kerl (NSDAP.) als Landtagspräsident und für die anderen vom Vortrager genannten Kandidaten stimmen würde.

Abg. Sellmann, der Führer der Sozialdemokraten, erklärte, daß der Ältestenrat sich eine Bemerkung gemacht hätte, die in Zweifel setzte, ob die Nationalsozialisten die gegenwärtig geltende Geschäftsordnung als für sich rechtsverbindlich anerkennen. Nach Ansicht der Sozialdemokraten müßte das Zentrum an erster Stelle über diese Angelegenheit rechtlos Arbeit schaffen können. Auch dann sei die Sozialdemokratie aus folgenden Gründen noch immer nicht in der Lage, für den Abg. Kerl zu stimmen. Die Nationalsozialisten hätten weder für die verflochtenen sozialdemokratischen Präsidenten im Landtag noch für den sozialdemokratischen Präsidenten im Reichstag gestimmt, obwohl die Sozialdemokratie die stärkste Fraktion war. Sie hätten daher kein Recht, sich auf ein Fortkommen zu berufen, das sie niemals anerkannt hätten.

Weiter könne die SPD. der Erklärung der Nationalsozialisten, daß sie den Abg. Wittmann (Soz.) als ersten Vizepräsidenten wählen würden, kein unbedingtes Vertrauen entgegenbringen.

Da noch immer nicht offiziell die Erklärungen von Straßer und anderen nationalsozialistischen Führern zurückgenommen seien, daß „diesem System gegenüber“ keine Inzulage gelte. Auch seien die Nationalsozialisten eine antiparlamentarische Partei, die die Rechte des Parlaments nicht schütze, sondern das Parlament erniedrigen und schließlich zerstören wolle. Die Stellung des Landtagspräsidenten sei eine politische Machtposition, und auch deshalb könnten die Sozialdemokraten, getreu ihrer Tendenz, den Nationalsozialisten den Zugang zur Staatsmacht nach Möglichkeit zu verwehren, für den nationalsozialistischen Präsidentschaftskandidaten nicht stimmen.

Abg. Steger (D.) erwiderte hierauf, daß die Anerkennung der Geschäftsordnung durch den Präsidentschen dem Zentrum als Selbstverständlichkeit erscheine. Er wies die Sozialdemokraten darauf hin, daß es sich bei der Wahl in nur um ein Provisorium von vier Wochen handele.

Das Zentrum wolle den Verzicht der Inzulagenarbeit machen, denke aber nicht daran, eine Blankovollmacht zu geben.

Abg. Aube (NSDAP.) betonte, es sei für seine Fraktion selbstverständlich, daß der Präsident nach der gültigen Geschäftsordnung zu amtieren habe.

Abg. Pieck (D.) erklärte, daß die SPD. nur für ihren eigenen „revolutionären“ Kandidaten stimmen würde.

Wie von sozialdemokratischer Seite noch mitgeteilt wurde, hat man die Kandidatur des Abg. Wittmann (Soz.) zurückgezogen, da sie angesichts der Haltung des Zentrums und der Kommunisten aussichtslos sei. Die SPD. werde sich in der Abstimmung über den Landtagspräsidenten der Stimme enthalten. Damit wird das schon eingangs genannte Präsidium gewählt werden.

Die nationalsozialistische Fraktion hat einen Antrag angehängt, wonach der Geschäftsordnungsausschuß ersucht werden soll, eine neue Geschäftsordnung für den Landtag auszuarbeiten.

Dieser Antrag soll in Verbindung mit dem Geschäftsordnungsantrag der Deutschen Nationalen auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung am 1. Juni gesetzt werden. Ferner wird diese Tagesordnung die Beratung der Miktrausentwürfe gegen das geschäftsführende Kabinett Braun vorsehen. Wann die Wahl des neuen Ministerpräsidenten stattfindet, ist noch nicht bestimmt.

Die Nationalsozialisten zogen auch in die Sitzung des Ältestenrates geschlossen ein unter Führung des ersten Alterspräsidenten Lichmann.

Braun bleibt vorläufig Ministerpräsident

Berlin, 25. Mai. Bei den politischen Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen war in der letzten Zeit wiederholt erklärt worden, Ministerpräsident Braun habe nicht die Absicht, als geschäftsführender Regierungschef weiter zu amtieren. Wie dem Nachrichtenbüro des W.D. in parlamentarischen Kreisen erklärt wird, hatte der Ministerpräsident in Konsequenz dieser Auffassung beantragt, bereits heute seine Amtstätigkeit einzustellen. Die übrigen sozialdemokratischen Minister in der Preussenregierung, Glimme und Severing, wären dann diesem Beispiel vermutlich gefolgt, obwohl Severing von Anfang an anderer Ansicht gewesen sein soll. Inzwischen hatten jedoch die maßgebenden Parteiführer der SPD. beschlossen, jede Handlung, auch eine negative, zu unterlassen, die geeignet wäre, den Nationalsozialisten zur Macht zu verhelfen.

Braun werde sich der Parteidisziplin fügen und die geschäftsführende Leitung des Kabinetts weiterhin behalten.

Weiter betont man in parlamentarischen Kreisen, daß vermutlich der planmäßige freie Donnerstag, der Fronleichnamstag, zu Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die Regierungsbildung benutzt werde. Man sagt, daß das Zentrum, wie in Württemberg, so auch in Preußen nicht gewillt sein dürfte, den Nationalsozialisten die bedeutendsten staatlichen Machtmittel, vor allem die Polizei, in die Hand zu geben. Daraus ergebe sich, daß

die Regierungsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum nur dann Aussicht auf Erfolg haben könnten, wenn die Nationalsozialisten dem Zentrum die Position des Ministerpräsidenten und des Innenministers angingen würden.

Ob es zu einer solchen Vereinbarung kommt, sei abzuwarten. Stomme keine Einigung zustande, dann dürfte die Entscheidung im Herbst fallen. In der Zwischenzeit hängt alles davon ab, was die Reichsregierung in zwei Punkten erreicht: auf der einen Seite Reparationskonferenz und in bezug auf die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Sollten in beiden Fällen keine wesentlichen Entscheidungen sichtbar werden, dann könne man mit Neuwahlen zum Landtag und eventuell auch zum Reichstag im Herbst rechnen.

Die Deutschnationalen appellieren an Hindenburg

Berlin, 25. Mai. Die deutschnationale Reichstagsfraktion wendet sich heute mit einem dringenden Appell an den Reichspräsidenten, um gegen die geplanten Notverordnungen Verwahrung einzulegen und ihn zu bitten, auf Grund der ihm im Artikel 24 der Reichsverfassung gegebenen Vollmacht von sich aus die alsbaldige Einberufung des Reichstages zu veranlassen.

In dem Telegramm heißt es u. a.: Nachdem unter mißbräuchlicher Anwendung der Geschäftsordnung des Reichstages eine Unterbrechung der Reichstagsverhandlungen stattgefunden hat, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion

die Einberufung des Reichstages

auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung gefordert. Obwohl dieses Verlangen die Unterstützung von mehr als einem Drittel der Reichstagsmitglieder gefunden hat, hat der Reichstagspräsident die Einberufung des Reichstages abgelehnt. Weiße Teile des deutschen Volkes erblicken in dieser Ablehnung einen Beweis dafür, daß selbst die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte heute in Deutschland nicht gesichert sind, und daß an die Stelle des Rechts heute die Willkür der politischen Mehrheit getreten ist. Die Vertretung des deutschen Volkes ist wiederum auf unabsehbare Zeit rechtslos und ausgeschaltet und nicht in der Lage, zu den Plänen Stellung zu nehmen, die die Reichsregierung neuerlich verfolgt. Die Mitteilungen, die über

die von der Regierung geplante neue Notverordnung

der Öffentlichkeit angeleitet sind, lassen erkennen, daß die Reichsregierung entgegen den wiederholten feierlichen Erklärungen des Reichsfinanz- und des Reichsfinanzministers, dem deutschen Volke neue untragbare Lasten auferlegen und damit die Lebenshaltung des deutschen Volkes weiter in verhängnisvoller Weise herabdrücken will. Auch der Landwirtschaft im Osten drohen nach unserer Kenntnis neue Gefahren durch Pläne der Reichsregierung, die eine große Zahl ostdeutscher Weidener der Enttarnung ohne Rechtschutz ausliefern würden. Wir machen in aller Ehrerbietung darauf aufmerksam, daß solche Pläne, in die Tat umgesetzt, in den breiten Volksmassen die schon vorhandene Verzweiflung inurchbarem Maße steigern würden.

An Sie richten wir die eindringliche Bitte, bei dieser Lage der Dinge der Regierung die Verantwortung für derartige Maßnahmen nicht durch Unterzeichnung von Notverordnungen abzunehmen, sondern die Reichsregierung auf den Weg der Verabschiedung durch die gesetzgebenden Instanzen zu verweisen. Wir erlauben uns, in diesem Zusammenhang auf den Artikel 24 der Reichsverfassung Bezug zu nehmen, der dem Reichspräsidenten die Weisung gibt, von sich aus die Einberufung des Reichstages herbeizuführen.

Neuer Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens

Ein wichtiges Stück Aufbauarbeit in schwerer Zeit

Das sächsische Ministerium für Volksbildung hat unterm 10. Mai einen Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens herausgegeben, der heute Mittwochs allen höheren Schulen angingen ist. Wie von den Vertretern der Regierung in einer Pressebesprechung im Gesamtministeriumsgebäude betont wurde und schon eine flüchtige Durchsicht des Druckwerkes ergibt, ist der neue Landeslehrplan von ausgesprochen modernen Ideen erfüllt. Er verfolgt das stolze Ziel, die Schüler zu guten Deutschen zu erziehen und ihnen das geistige Rüstzeug zu schaffen, das sie für ihren späteren Lebensweg brauchen.

Ministerpräsident Schick,

der gleichzeitig Vetter des Volksbildungsministeriums ist, schickte der Erklärung und Besprechung des Landeslehrplans durch Ministerialdirektor Dr. Woelker eine Ansprache voraus, in der er ausführte:

Als ich vor reichlich zwei Jahren die Leitung des Volksbildungsministeriums übernahm, war ich mir von Anfang an der großen Schwierigkeiten voll bewußt, die es gerade in diesem Ministerium, bei dem eigentlich jede Frage ein Problem ist, zu überwinden geben würde. Ich bin aber damals ans Werk gegangen in der Hoffnung, unter nicht zumind. dank der hingebenden Pflanztreue der gesamten Lehrerschaft in ganz Deutschland als vorzüglich anerkanntes Schulwesen, soweit es in meinen Kräften stand, zu fördern. Voller hat mir die unselige Finanzkatastrophe hier einen Strich durch die Rechnung gemacht. Statt weiterbauen zu können, bin ich unter dem eisernen Zwang der Finanzlage von Staat und Gemeinden genötigt gewesen, abzubauen. Um so mehr freue ich mich heute einmal von einem für unser höheres Schulwesen bedeutungsvollen Schritt Mittelweg zu geben, der einen entscheidenden Schritt vorwärts

bedeutet. Der Lehrplan ist das Ergebnis einer mit unendlichem Fleiß von den Herren und Damen meines Ministeriums neben der Last der laufenden Geschäfte geleisteten Arbeit, die vollste Anerkennung verdient.

Die Herausgabe neuer Lehrpläne ist schon seit längerer Zeit als Bedürfnis empfunden worden. Die jetzt noch geltenden gedruckten Lehrpläne sind — mit Ausnahme des Planes für die höhere Mädchenschule — 20 bis 30 Jahre alt; für das Reformgymnasium und das Reformrealgymnasium, die Deutsche Oberschule und die Aufbauschule liegen gedruckte Pläne überhaupt nicht vor. Diese Schulformen haben nur Vorkurspläne. Das Ministerium hat sich laufend bemüht, die vorhandenen Pläne durch Einzelanordnungen zu ergänzen; es hat in seiner Denkschrift zur Neuordnung des höheren Schulwesens vom Jahre 1920 „Lehrplan und Lehrstoff“ viele grundsätzliche Hinweise für die praktische Schularbeit gegeben, und die einzelnen Schulen sind auch beauftragt gewesen, danach die Pläne auszufüllen und den Unterricht den veränderten Verhältnissen anzupassen. Aber all das ist natürlich nur Stückwerk geblieben und hat die Forderung nach einem neuen Lehrplan nicht verumtunden lassen, der aus den Ergebnissen der praktischen Arbeit die Folgerungen zieht, die organisatorischen Veränderungen unter dem Schulwesen berücksichtigt, und den Wandlungen der Kultur, der veränderten geistigen und seelischen Haltung unserer Jugend, den Fortschritten der wissenschaftlichen Forschung und den Notwendigkeiten unseres Volkes und unseres Staates Rechnung trägt.

Das Ministerium hat sich denn auch seit längerer Zeit mit der Ausarbeitung eines solchen Lehrplanes beschäftigt und hat sich darin unterstützt gesehen durch Entwürfe des Sächsischen Pädagogenvereins und seiner Fachgruppen und durch manche Einzelarbeit bewährter Fachleute. Es hat aber zunächst abgesehen auf die Herausgabe des Planes anzufangen, weil es hoffte, den neuen Lehrplan mit den Plänen einer organisatorischen Vereinfachung und Vereinheitlichung unseres höheren Schulwesens verbinden zu können, an denen das Ministerium gleichfalls schon seit längerer Zeit arbeitet. Bei dieser Arbeit hat es sich herausgestellt,

daß es nicht möglich ist, für irgendeine Form der Vereinheitlichung unseres höheren Schulwesens eine von der Mehrheit getragene Zustimmung zu erhalten. So stark von den verschiedenen Seiten der Ruf nach Verein-